

Eine Willkommenskultur aufbauen und pflegen

Annemarie und *Nadja* heißen zwei Frauen, auf die der Main-Kinzig-Kreis sehr stolz sein kann. Sie selbst haben heute sicher nicht viel miteinander zu tun, weil sie in unserem flächen- und bevölkerungsmäßig größten Landkreis Hessens weit voneinander entfernt wohnen. Die eine wohnt in Maintal, städtisch geprägt, vor den Toren Frankfurts. Die andere lebt am anderen Ende des Kreises, im ländlich geprägten Sinntal. Die beiden vereint aber eine Ausbildung, die sie bei uns in der Kreisverwaltung absolviert haben. Sie sind Integrationslotsinnen.

Von Erich Pipa, Main-Kinzig-Kreis

die Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern an die Kommunen. 500 Mio. € zusätzlich sollten vom Bund bereitgestellt werden, rund 35 Mio. davon müssten die hessischen Kommunen erhalten. Das Land Hessen gibt davon an die Kommunen – nichts. Leider ist das die nackte Wahrheit. Das heißt, dass also der Main-Kinzig-Kreis wiederum 4 Mio. € vorenthalten bekommt. Das moniere ich als Präsident des Hessischen Landkreistags seit Monaten.

Humanitäre Verpflichtung

Bei aller berechtigten Auseinandersetzung: Ich lege Wert darauf, die Diskussion über das Finanzielle von unserer humanitären Verpflichtung zu trennen. Wir müssen den Menschen vor Ort helfen. Die Kommunalpolitiker und die Verwaltungen können das nicht allein. Dafür brauchen wir die Unterstützung in den einzelnen Ortsteilen. Wir brauchen Freiwillige wie *Annemarie* und *Nadja*, und noch viele Menschen mehr, die wirklich helfen, statt nur zu reden.



Seit über vier Jahren bildet der Main-Kinzig-Kreis Integrationslotsen aus. Foto: Main-Kinzig-Kreis

Was ich da in meinem Kreis bisher erleben konnte, ist einfach großartig. Die Bürger breiten die Arme aus – im übertragenen wie auch im wortwörtlichen Sinne. In fast allen Städten und Gemeinden gibt es mindestens einen Runden Tisch für Flüchtlinge. Es finden sich Menschen zu Nachbarschaftsinitiativen zusammen; Ehrenamtliche bieten den Asylsuchenden und Flüchtlingen Sprachunterricht oder Sportmöglichkeiten an. Es gibt gemeinsame Koch-Abende, es gibt gemeinsame Musikkreise und Feiern. Die Menschen in meinem Landkreis zeigen eine willkommen heißende Herzlichkeit den Menschen gegenüber, die Hab und Gut, Haus und Heimat verloren haben. Es ist aus Sicht der Politik auch eine willkommene Herzlichkeit. Denn nur durch Initiativen

„von unten“ gelingt Integration auch im Alltag.

Rechte Gruppen und Fehlschlüsse

Ich habe allerdings auch schon Flyer von rechten Gruppen lesen müssen, die sämtliche staatliche Unterstützung kappen wollen, weil die Neubürger „nicht arbeiten“ oder „unsere Sprache nicht lernen wollen“. Da liegen natürlich Fehlschlüsse vor: Nicht zu arbeiten heißt ja nicht, das Arbeiten abzulehnen. Viele Mitbürger haben ja gar keine Vorstellung davon, welche bürokratischen Hürden lauern, wenn sich ein afghanischer Asylsuchender auf Arbeitsuche begeben will. Manchmal wünsche ich mir, dass diese ausländerfeindlichen Hetzer die Schicksale der Flüchtlinge im Einzelnen nachrecherchieren würden, mal ins Gespräch kommen, mal ihr Herz für die Nöte öffnen würden. Im Übrigen war es ein guter und sinnvoller Schritt, die Wartezeit bis zur Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit zu verkürzen. Das hilft den neuen Mitbürgern am besten, in unserer Gesellschaft schnell Fuß zu fassen.

Asylrecht ist Bundesrecht

Die Diskussion über Finanzen müssen wir trotzdem führen. Es darf nicht sein, dass die Bundesregierung Hilfen für die Kommunen ankündigt, die Kommunen dann aber nicht genug Geld erhalten. Asylrecht ist Bundesrecht. Wenn es aber darum geht, wer die Leistungen erbringt und bezahlt, sieht es schon ganz anders aus.

Die Kommunen dürfen auch nicht damit allein gelassen werden, eine Willkommenskultur aufzubauen und zu pflegen. Es reicht nicht, wenn ein Bundespräsident mal eine Einrichtung besucht. Wir brauchen die regelmäßigen Besuche von Bundes- und Landespolitikern vor Ort, um sich anzuhören, wo die Kommunen Hilfe benötigen oder wo die größten bürokratischen Hindernisse für die Asylsuchenden und Flüchtlinge liegen.

Arbeitstreffen „Asyl und Arbeit“

Ich will mal ein Beispiel dafür nennen, dass wir vor Ort etwas tun können – auch ohne, besser aber noch mit Hilfe von Landes- und Bundesebene. Wir haben vor wenigen Monaten ein Kompetenzteam im Main-Kinzig-Kreis einberufen. Da saßen Vertreter meiner Verwaltung mit Vertretern der Kreislandwerkerschaften, der IHK, der Agentur für Arbeit sowie der Jobcenter an einem Tisch. Das Arbeitstreffen trug den banalen Titel: „Asyl und Arbeit“. Aber was wir damit beabsichtigten, hat es in sich. Wir wollten endlich den Wunsch der Menschen ernst nehmen, arbeiten zu dürfen. Und zwar in Berufsfeldern, in denen sie mittelfristig ihr

Integrationslotsen

Zum Integrationslotsen kann man sich bei uns ausbilden lassen. Dieses Angebot besteht bei uns schon seit über vier Jahren. Die Frauen und Männer lernen, wie man Menschen in ihrer Stadt oder in ihrem Dorf helfen kann, die sich in Deutschland, ja in Europa mit den hiesigen bürokratischen Anforderungen nicht zurechtfinden. Menschen, die Hilfe brauchen beim Gang zum Arzt oder beim Antrag auf staatliche Hilfe. Die Frauen lotsen durch einen fremden, manchmal unüberschaubaren Alltag und senden das Signal aus: Seid willkommen, wir lassen euch nicht allein hier.

Meistens – und das ist gerade wegen der direkten und verständnisvollen Ansprache sinnvoll – lassen sich Menschen ausbilden, die selbst einen Migrationshintergrund haben. Aber eben nicht nur die, sondern auch Frauen und Männer wie *Annemarie*, *Nadja*, *Eckart* und *Karl-Heinz*, die übrigens alle zu jenen 61 Bürgern gehören, die wir im vergangenen Jahr zu Integrationslotsen ausgebildet haben. So sieht eine Willkommenskultur aus, die wir schon gepflegt haben, als von aktuellen „Flüchtlingswellen“ nicht einmal im Entferntesten die Rede war.

Wer kommt für die Kosten auf?

Aber seitdem tatsächlich von „Wellen“ gesprochen wird, gehen Befürchtungen um. Ich höre das im Gespräch mit einfachen Bürgern, mit Gemeindevertretern und mit Bürgermeistern. Können die Kommunen das alles bewältigen? Verkraften sie es, finanziell und kapazitär? Wer kommt für die ganzen Kosten auf?

Ich will nicht verhehlen, dass es für den Main-Kinzig-Kreis und seine 29 Kommunen nicht leicht ist, Wohnraum zu finden oder zu schaffen. Die Sparauflagen durch das Land Hessen machen es doppelt schwer. Und bei den Kosten werden die Kommunen im Stich gelassen. Außer in Bayern delegieren alle Landesregierungen

eigenes Auskommen bestreiten können. Wir wollten schauen, wie wir ihnen Praktikumsplätze oder Qualifizierungsangebote unterbreiten können. Integration über den Arbeitsmarkt – das klingt so einfach, ist es aber bei diesen Menschen angesichts ihrer verschiedenen rechtlichen Beschränkungen gar nicht.

Warum wir da Vertreter aus so vielen verschiedenen Bereichen eingeladen hatten? Die Frage stellte sich nach der ersten Diskussionsrunde nicht mehr. Aus den Handwerksbetrieben hörten wir Berichte über nicht verlängerte Aufenthaltstitel; kurz vor Ende der Ausbildungszeit habe ein junger Mensch Deutschland wieder verlassen müssen. Entscheidungen von Ämtern seien teilweise hinderlich – hier brauche es mehr Abstimmung. Die Verwaltungen befürworteten wiederum Praxismodelle, wofür sie eng mit den Handwerksbetrieben kooperieren müssen. Die Wirtschaft vor Ort braucht die Politik, um wirksam mitzuhelfen, genauso verhält es sich mit der Hilfe

der Politiker, die ohne das Zusammenspiel mit Unternehmern undenkbar wäre.

Integration beginnt mit der Sprache

Am Anfang vieler Überlegungen stand aber die Frage: Wie steht es mit den Deutschkenntnissen? Das ist die Frage, die mich ebenso umtreibt wie die ehrenamtlichen Helfer in den Städten und Gemeinden. Ohne die deutsche Sprache zu erlernen, laufen viele Bemühungen zur Integration ins Leere. Ich danke auch hier den Bürgern, die freiwillig Sprache vermitteln: Der Main-Kinzig-Kreis hat schon weit über 100 ehrenamtliche Sprachvermittler geschult. Aber Sprachunterricht muss früh angeboten und verbrieftes Recht für die Asylsuchenden werden, ausreichend finanziert für eine angemessene Unterrichtsgestaltung. Und auch hier darf sich der Bund nicht aus der Verantwortung stellen.

Ich will meine Ausführungen zum Ende hin zuspitzen: Integration beginnt mit der

Sprache, der Ansprache und einem gemeinsamen Willen, dass diese Integration auch gelingt. Wir brauchen flächendeckend und frühzeitig Angebote zu Deutschkursen. Wir brauchen die Mithilfe der Ehrenamtlichen, der freien Wirtschaft und der politischen Ebenen. Und vor Ort, wo Integration geschieht und Realität wird, brauchen wir eine auskömmliche Finanzierung durch den Bund. Das Boot in Deutschland ist nicht voll. Lasst uns das durch entsprechende Entscheidungen und Unterstützung, gemäß unserer Verantwortung und Kompetenz, weiterhin unterstreichen. So wie es *Annemarie* und *Nadja* im Main-Kinzig-Kreis ihrerseits schon eindrucksvoll tun. ■

Erich Pipa, Landrat des Main-Kinzig-Kreises und Präsident des Hessischen Landkreistages